

Wissenskooperationen für Wissenstransfer: Eine Falluntersuchung in Mainz und Karlsruhe

Editha Marquardt, Moritz Krug

Hochschulen wird eine zunehmend wichtige Rolle im regionalen Innovationssystem zugeschrieben. Um den komplexen Herausforderungen, vor denen die heutige Gesellschaft steht, begegnen zu können, ist ein gemeinsames Agieren von Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft notwendig. Wie die Zusammenarbeit von Hochschulen und Kommunalverwaltungen in solchen Konstellationen funktioniert, wird im vorliegenden Beitrag anhand von Fallstudien der Mainzer Wissenschaftsallianz und dem Wissenschaftsbüro Karlsruhe entlang der Dimensionen Motivation, Organisation und Mehrwert untersucht. Sichtbar werden zwei unterschiedliche Ansätze der Kooperation, die auf je spezifische Weise die Nutzung von Wissenstransfer für die Entwicklung der Hochschulen und der Stadt ermöglichen.

Schlüsselwörter: Kooperation, Stadt und Wissenschaft, Transfer, Wissenskooperation

1 Einleitung

Eine Vielzahl von Studien der letzten Jahre zeigt die sich ändernde Rolle von Hochschulen in ihren Städten (z. B. Ankras & Al-Tabbaa, 2015; Lazzeroni & Piccaluga, 2015). Dazu gehört die Forderung nach einem stärkeren Engagement von Hochschulen im lokalen und regionalen Umfeld, sowohl durch Wissens- und Technologietransfer als auch im sozialen Bereich (Berghaeuser & Hoelscher, 2019). Im Zuge dessen gewinnt die Zusammenarbeit von Wissenschaftseinrichtungen und städtischen Akteuren zunehmend an Bedeutung (Strier, 2011; Benneworth et al., 2010), denn im Zeitalter der Wissensgesellschaft (Boehme & Stehr, 1986) können Hochschulen und Städte durch einen gemeinsamen Fokus im globalen Wettbewerb um Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten profitieren. Diese Entwicklung beruht auf dem symbiotischen Verhältnis zwischen Hochschulen und Städten, die nur *miteinander* denkbar sind¹: Städte setzen den Rahmen für eine positive Entwicklung von Hochschulen, sie bieten Flächen für die Unterbringung der Einrichtungen, Wohnmöglichkeiten für Studierende und Mitarbeitende und die Infrastruktur zum Erreichen der Hochschule. Je attraktiver die Stadt, desto anziehender kann die Hochschule im Wettbewerb um Ressourcen und die besten Köpfe auftreten. Dies gilt jedoch genauso umgekehrt. Eine angesehene Hochschule erhöht die Attraktivität der Stadt für Unternehmen durch das Potenzial gut

¹Es gibt nur wenige ländliche Hochschulen, in der Regel sind Hochschulen ein städtisches Phänomen.

ausgebildeter Personen, aber auch für Einwohnerinnen und Einwohner. Hochschulstädte sind junge Städte mit einer Vielzahl an Bildungsmöglichkeiten, Freizeit- und Sportangeboten und lebendigen Stadtzentren. In diesem Sinne befruchten sich Städte und ihre Hochschulen gegenseitig.

Eine gelingende Beziehung zwischen Stadt und Hochschulen ist nicht selbstverständlich, wie der Blick in die Geschichte von Hochschulstädten zeigt (Curry, 2016). „*The relationships between ‘town’ and ‘gown’ and the potential impact of deepening and diversifying the relationship on either side are neither simple nor fully understood*“ (Addie et al., 2015, S. 30). Um miteinander zu kooperieren, bedarf es bestimmter Voraussetzungen: Personen und Institutionen, die sich dieses Themas annehmen, ein Interesse an der Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele (Arend & Hoelscher, 2021; Henke et al., 2016). Dies ist mit Herausforderungen verbunden, da Organisationen einer je spezifischen Funktionslogik folgen. So zeichnen sich Hochschulen durch lose Kopplungen zwischen Leitung, Fachbereichen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus, sodass die Organisationseinheiten hohe Autonomie besitzen (Weick, 1976; Zechlin, 2019). In Organisationen wie Stadtverwaltungen oder Unternehmen sieht das anders aus: Es gibt stärkere Hierarchien und stärker festgelegte Dienst- und Kommunikationswege sowie Entscheidungsketten. Schon durch diese Unterschiede der beteiligten Seiten ist eine Kooperation mit einigen Herausforderungen verbunden. Anhand einer Fallstudie zu zwei Beispielen langjähriger Wissenskooperation, der Mainzer Wissenschaftsallianz und dem Wissenschaftsbüro Karlsruhe, wird im Folgenden untersucht, was zur Gründung von Wissenskooperationen führt, wie zusammengearbeitet wird und was von den Beteiligten als Nutzen für die eigene Institution und den Standort gesehen wird, der die Investition von Ressourcen in diese Kooperation rechtfertigt. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Wissenschaftseinrichtungen.

2 Zur Funktion von Wissenskooperationen in der Stadtgesellschaft

Seit einigen Jahrzehnten wird von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mehr Engagement vor Ort gefordert, um durch eine stärkere Transferorientierung eine höhere Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu übernehmen (Loi & Di Guardo, 2015). Wissenschaft ist zu einem Motor der regionalen Entwicklung geworden (Trippel et al., 2015; Massey et al., 2014). Beispiele wie das Silicon Valley in Verbindung mit der Stanford University in den USA oder Cambridge in Großbritannien zeigen, dass Hochschulen wichtige Treiber in ihrer Region sein können (Addie et al., 2015, S. 29). Regionalökonomische Effekte lassen sich auch für Deutschland nachweisen (Glückler et al., 2019). Schon in den 1990er-Jahren entwickelten Henry Etzkowitz und Loet Leydesdorff das Triple-Helix-Modell mit den Strängen *Wissenschaft*, *Wirtschaft* und *Staat*, um aufzuzeigen, wie Innovationen im regionalen Kontext entstehen (Etzkowitz

& Leydesdorff, 1995, 2000). Doch die Rolle von Hochschulen geht darüber hinaus: „Universities can assume a variety of roles in economic, social and cultural development and collaborations with city governments and community organizations can be mutually fulfilling“ (Curry, 2016, S. 56). Carayannis & Campbell (2009) fügen zudem den Kulturbereich bzw. die Zivilgesellschaft hinzu und entwickeln eine „Quadruple Helix“ als DNA unserer Städte. Zahlreiche Studien insbesondere aus den USA und Großbritannien (z. B. Benneworth et al., 2010; LeGates & Robinson, 1998), aber auch aus anderen Ländern (für Deutschland beispielhaft genannt seien Heidenreich & Matthes, 2021; Thomi & Werner, 2001), analysieren Formen der Zusammenarbeit. Untersucht werden dabei häufig einzelne Projekte, anhand derer dann die Rolle von Hochschulen oder die Bedingungen und der Mehrwert der Zusammenarbeit diskutiert werden (vgl. z. B. Benneworth et al., 2010; Palacios et al., 2018; Marquardt, 2019). Bisher steht häufig die Zusammenarbeit von Wissenschaftseinrichtungen und regionalen Unternehmen im Fokus (vgl. z. B. den Review von Ankrah & Al-Tabbaa, 2015).

Solch sektorenübergreifende Zusammenarbeit muss angestoßen und aufgebaut werden (Martin et al., 2005). Eine Form sind Wissenskoooperationen, d. h. Netzwerke, in denen Wissensakteure aus verschiedenen Sektoren der Gesellschaft langfristig an einem gemeinsamen Ziel arbeiten: der Weiterentwicklung der beteiligten Institutionen, der Entwicklung des Standorts oder mehr Sichtbarkeit der Wissenschaft in der eigenen Stadt. Damit geht die Zusammenarbeit weit über bilaterale Forschungsprojekte oder Public-Private-Partnerschaften hinaus. Wissenskoooperationen sind hochkomplex und eine Stabilisierung bedarf hoher kommunikativer Kompetenzen, da mit unterschiedlichen Zielvorstellungen, differierenden Arbeitsweisen und Funktionslogiken der beteiligten Organisationen umgegangen werden muss. Seit etwa 2005 haben Wissenskoooperationen auch in Deutschland stark an Bedeutung gewonnen (Marquardt & Gerhard, 2021, S. 19).

Unterschiedliche Motivationen liegen der Gründung eines solchen Netzwerks zugrunde. Sie resultieren aus institutionellen, strukturellen und individuellen Treibern. Auf der institutionellen Ebene kann heute für Hochschulen ein Reputationsgewinn daraus entstehen, Transfer und Kooperation als eine „Dritte Mission“ neben den Bereichen Forschung und Lehre wahrzunehmen (Hachmeister et al., 2016). Förderprogramme, politische Anstöße und neue Richtlinien bieten Anreize zur Ausweitung gemeinsamer Aktivitäten. Auf der strukturellen Ebene bringt ein Zusammenschluss von Wissenschaftseinrichtungen einer Stadt miteinander und mit externen Partnern mehr Sichtbarkeit und Synergien. Ähnlich sind Netzwerke zwischen Wissenschaft, Stadt und Wirtschaft zu sehen, wobei hier eher die Fortentwicklung der Region als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie die Stärkung der Innovationsfähigkeit im Fokus stehen. Doch auch die individuelle Ebene spielt eine Rolle. Persönliche Interessen und intrinsische Motivation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beeinflussen

Entscheidungen zugunsten kooperativer Aktivitäten und zeigen „*that the manifold activities constituting universities' involvement with their regional environment need in a first step to be understood as grounded in individual choices rather than managerial directives*“ (Kroll et al., 2016, S. 1596). Wichtig ist dabei das Engagement der Führungsspitzen der beteiligten Einrichtungen, die „*the guiding principles, the mission, vision, and strategies of the district-university-community partnership*“ (Goldring & Sims, 2005, S. 232) festlegen.

Ein direkter Anstoß zu einer verstärkten Zusammenarbeit sowie deren Institutionalisierung in Wissenskooperationen entsteht oftmals aus vorangegangenen gemeinsamen Projekten oder Aktivitäten. In Deutschland gingen z.B. aus dem Wettbewerb des Stifterverbands um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ mehrere langfristige Wissenskooperationen hervor (Lisowski et al., 2011). Komplexe Themenstellungen wie Public Health oder Transformationsprozesse wie die Energiewende können ebenfalls Impulse geben, ähnlich wie wirtschaftliche Vorhaben zur Bildung eines Forschungs- und Industrieclusters zu einem spezifischen Feld führen können. Aus diesen Impulsen heraus kann ein Wille zur Zusammenarbeit entstehen. Die Identifikation gemeinsamer Ziele durch die Beteiligten aus Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Wahrnehmung von Potenzialen und Mehrwert durch die Kooperation bilden eine entscheidende Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit (Hutchins et al., 2013).

Eine passende Organisation der Wissenskooperation ist eine wichtige Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit. Zur Implementierung müssen die Gründungsbeteiligten zunächst relevante Akteure aus den unterschiedlichen Sektoren für mögliche Partnerschaften identifiziert werden, eine Voraussetzung, die in bisher vorliegenden Studien recht wenig thematisiert wird: „*they rarely discuss how to start partnerships when no relationship with partners yet exists*“ (Hutchins et al., 2013, S. 3748). Hutchins et al. (2013) sehen denn auch einen hohen Bedarf an Forschung zu den Beziehungen zwischen Forschenden und anderen Interessensgruppen. Eine große Herausforderung zur Stabilisierung der Zusammenarbeit besteht nämlich nicht nur darin, mögliche Partnerinnen und Partner zu gewinnen, sondern diese über längere Zeit aktiv in der Wissenskooperation zu halten. Dafür ist wichtig, wie die Allianz aufgebaut ist, wie die Kommunikation gesichert wird und wie die Zusammenarbeit formalisiert ist (Lippmann, 2022). Diese Rahmenbedingungen können entscheidend für ihren Bestand sein. Weitere Aspekte, die den Erfolg der Zusammenarbeit beeinflussen, sind kulturelle Aspekte wie gegenseitiges Vertrauen und das Respektieren der Bedürfnisse und Erwartungen der beteiligten Personen (Benneworth et al., 2010). Deshalb spielt es eine wichtige Rolle, ob zwischen den Beteiligten gute Beziehungen aufgebaut und das Commitment der Führungspersonen erhalten werden kann (Goldring & Sims, 2005).

Wissenskooperationen versprechen durch die Zusammenarbeit einen Mehrwert, der den Einsatz von Ressourcen personeller, finanzieller und zeitlicher Art rechtfertigt. Durch diesen „*mutual benefit*“ (Kleimann et al., 2015, S. 11) entstehen Synergien und beide Seiten, Stadt und Hochschulen, profitieren von der Zusammenarbeit. Benneworth et al. (2010) zeigen drei Vorteile des gemeinsamen Arbeitens auf: die Entwicklung neuer Wissensräume durch die gemeinsame Stadtentwicklung, ein Beitrag zur verbesserten Urban Governance und die Förderung der besseren Sichtbarkeit des Standorts durch „*place branding*“ (Benneworth et al., 2010, S. 1616), was zusammen wiederum zu einer höheren wirtschaftlichen Attraktivität führen kann. Die gemeinsame Entwicklung des Standorts durch Stadt und Wissenschaftseinrichtungen führt dazu, dass die Bedürfnisse der Wissenschaftseinrichtungen umfassender berücksichtigt werden.

3 Vorgehen

Für die Analyse wurde ein Case Study Approach (Ridder-Hans, 2020) gewählt. Beruhend auf Ergebnissen der Studie „Labor Wissen + Stadt“, in der 131 Wissenskooperationen in 40 Städten durch eine Desktoprecherche identifiziert und 14 als Good-Practice-Beispiele herausgehoben wurden (Marquardt & Gerhard, 2021), wurden zwei Fälle zur vertieften Analyse ausgewählt, die sich sowohl in ihrer Zielstellung als auch in der Art der Organisation voneinander unterscheiden: die Mainzer Wissenschaftsallianz sowie das Wissenschaftsbüro Karlsruhe. In beiden Städten spielt Wissenschaft durch die hohe Anzahl sowohl von Studierenden als auch von Beschäftigten im Wissenschaftssystem eine herausragende Rolle.

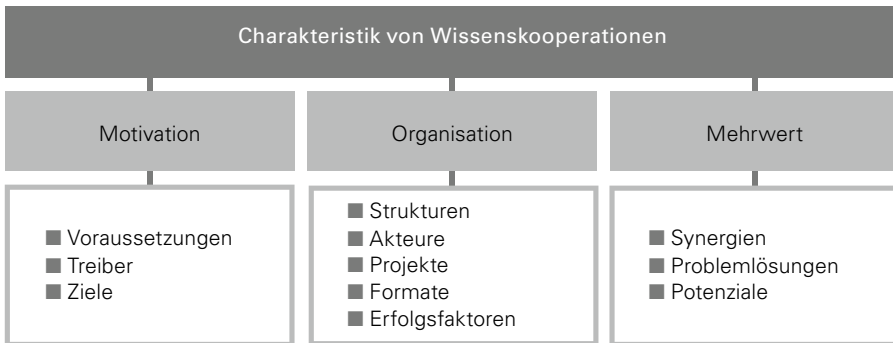
Von August 2021 bis Januar 2022 wurden je Fallstudie vier leitfadensbasierte Experteninterviews mit wissenschaftlichen und kommunalen Mitgliedern der Wissenskooperationen durchgeführt. Als Interviewees wurden Personen mit einer leitenden Funktion innerhalb ihrer Organisation bzw. innerhalb der Wissenskooperation ausgewählt (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Übersicht Interviews (eigene Darstellung)

zwei Wissenskooperationen acht Interviews		Stadt	
		Mainz	Karlsruhe
Akteurstyp	wissenschaftlich	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wissenschaftsallianz ■ Max-Planck-Institut 	<ul style="list-style-type: none"> ■ KIT ■ Pädagogische Hochschule Karlsruhe ■ Hochschule Karlsruhe
	kommunal	<ul style="list-style-type: none"> ■ Stadt Mainz ■ Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wissenschaftsbüro

Im Leitfaden wurden die drei Dimensionen *Motivation*, *Kooperation* und *Mehrwert* operationalisiert. Daraus ergibt sich folgender Rahmen zur Charakterisierung von Wissenskooperationen (siehe Abbildung 2):

Abbildung 2: Modell der Charakteristik von Wissenskooperationen (eigene Darstellung)



© Krug/Marquardt 2022

Die Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und mithilfe von MAXQDA qualitativ ausgewertet (vgl. Mayring, 2016; Helfferich, 2019; Meuser & Nagel, 1991). Ein deskriptives System sowie vergleichende Zusammenfassungsraster fassen die Aussagen der codierten Fundstellen interviewweise zusammen und ermöglichen einen Vergleich von Aussagen pro Stadt und nach Akteurstyp, d.h. *Wissenschaft* oder *Kommune*.

4 Zur Charakteristik von Wissenskooperationen – zwei Fallstudien

So wie jede Stadt ihren eigenen Charakter hat (Berkling & Löw, 2008) und jede Hochschule einmalig ist, so unterscheiden sich die Wissenskooperationen voneinander, geprägt durch die jeweiligen Standortbedingungen, die zur Verfügung stehende Infrastruktur und Ressourcen, historische Einflüsse und die Akteure, die an den jeweiligen Allianzen beteiligt sind. Der lokale Kontext ist verbunden mit einem spezifischen Wissen, „*knowledge about a local context or setting, including empirical knowledge of specific characteristics, circumstances, events, and relationships, as well as the normative understandings of their meaning*“ (Fischer, 2000, S. 146). Dieses implizite Wissen ermöglicht profunde Einschätzungen darüber, wie am jeweiligen Ort agiert wird und wer zu einem bestimmten Thema angesprochen werden sollte sowie welche Vorgehensweisen am erfolgversprechendsten sind. Im Folgenden werden die Wissenskooperationen in Mainz und Karlsruhe anhand der drei operationalisierten Dimensionen diskutiert, um dann vergleichend weiterführende Schlussfolgerungen zu ziehen.

4.1 Motivation der Wissenskooperationen

Mainz

Zwei Gründungsziele werden von Kommune und Wissenschaftseinrichtungen für die Mainzer Wissenschaftsallianz genannt: die bestehenden wissenschaftlichen Institutionen in der Stadt stärker zusammenzuführen sowie die Wissenschaft in der Öffentlichkeit präsenter zu gestalten. *„Unser Job ist es eigentlich, die Wissenschaft untereinander zu vernetzen und lokal wie überregional sichtbar zu machen und auch mit ganz anderen Bereichen in Verbindung zu bringen“* (Interview KA-WB, Abs. 4). Als Voraussetzung zur Entstehung der Allianz wird das breite Spektrum an Forschungsakteuren hervorgehoben, genannt werden u. a. die Geistes- und Sozialwissenschaften, forschende Unternehmen, Museen sowie die Universitätsmedizin. Die Stadt Mainz richtete 2005 eine Personalstelle zur Wissenschaftskommunikation ein. Im Jahr 2011 erfolgte dann mit Unterstützung des Wissenschaftsministeriums, das *„eine lange Tradition in der Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen und Wissenschaft“* betont (Interview MA-MWG, Abs. 2), die erfolgreiche Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft“, woraus die Wissenschaftsallianz in ihrer heutigen Form hervorging. Die Präsidien der Mainzer Hochschulen, insbesondere der Johannes-Gutenberg-Universität als einer der größten Arbeitgeber der Stadt, sowie der Erfolg des Unternehmens BioNTech und die Arbeit der Wissenschaftsallianz in den letzten Jahren gelten als signifikante Treiber für den starken Einfluss der Wissenschaft in der Stadt bis heute.

Karlsruhe

In Karlsruhe wird der Netzwerkgedanke als ein Gründungsziel der Wissenskooperation benannt: *„Wir verstehen uns vom Wissenschaftsbüro als Netzwerk zwischen Politik, Wissenschaft und Stadtöffentlichkeit“* (Interview KA-WB, Abs. 4). Als Voraussetzung für die Entstehung der Wissenskooperation wird die thematische Schwerpunktsetzung der lokalen Wissenschaft angesprochen, die eine gute Sichtbarkeit nach außen ermöglicht und Anknüpfungspunkte für andere bietet. Dazu gehören v. a. der Sitz des Bundesverfassungsgerichts, die Selbsteinschätzung als „Stadt der Kultur“ mit ca. 135 verschiedenen kulturellen Einrichtungen, als „Stadt der IT“ durch den Sitz des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) und weiterer technischer Forschungseinrichtungen sowie insgesamt als „Stadt der Wissenschaft“ (hier Selbstbezeichnung, nicht der Titel des Stifterverbands) mit einem breiten Spektrum von Hochschultypen sowie über 250 Veranstaltungsformaten pro Jahr. Die Zusammenarbeit ist in Karlsruhe vor allem ein Anliegen der Stadt. Die Gründung eines autarken Wissenschaftsbüros im Jahr 2010 aus der Stadtmarketing Karlsruhe GmbH heraus erfuhr eine breite politische Unterstützung.

4.2 Organisation der Wissenskooperationen

Mainz

Die Mainzer Wissenschaftsallianz ist formal als eingetragener Verein organisiert. Sie verfügt über eine Satzung, in der der Selbstzweck des Vereins sowie Rechte und Pflichten der Mitglieder festgelegt sind. Damit wird eine hohe Verbindlichkeit erreicht und das Commitment der Leitungsebenen der Mitglieder erhöht. Das persönliche Engagement der Beteiligten bleibt von entscheidender Bedeutung: Alle Interviewpartnerinnen und -partner betonen, dass sie keine Verpflichtung empfinden und aus eigener Motivation heraus in der Allianz mitwirken. Mitglieder sind die Mainzer Hochschulen, Forschungsinstitute und Museen, forschende Unternehmen sowie die Stadtverwaltung. Die Stadt Mainz sieht sich selbst als Ideengeberin, Schwerpunktsetzerin, Initiatorin und Koordinatorin von Veranstaltungen. Das ergibt sich schon aus der institutionellen Nähe, da die Stelle der Projektkoordination ebenso wie die der bzw. des städtischen Wissenschaftsbeauftragten bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Mainz angesiedelt sind. Auch das große Interesse des Oberbürgermeisters unterstützt die Allianz. In den vergangenen Jahren bildete sich ein stärkerer Fokus auf forschende Unternehmen als Mitglieder der Wissenschaftsallianz heraus.

Die inhaltliche Ausarbeitung von Projekten und Veranstaltungen erfolgt mit allen Mitgliedern in themenspezifischen Gremien und ist für diese zumeist eine ehrenamtliche Tätigkeit. Flexible Strukturen in der Kommunikation und der Hierarchie tragen zu einer vereinfachten Interaktion der Akteure bei. Die Zusammenarbeit wird durch die räumliche Nähe gestärkt, die sich besonders am Gutenberg-Campus zeigt, an dem neben der Universität Mainz auch zwei Max-Planck-Institute und das Helmholtz-Institut ansässig sind. Die interne Kommunikation erfolgt bei Bedarf bilateral, sonst werden durch die Geschäftsstelle (teils projektspezifische) Arbeitsgruppen und -kreise initiiert. Dabei wird auf zwei Ebenen gearbeitet: Auf der Leitungsebene werden grundlegende politische und programmatische Inhalte besprochen, auf der Arbeitsebene die konkreten Inhalte und Aktivitäten zu den betreffenden Themen abgestimmt. Einen hohen Stellenwert hat die Wissenschaftskommunikation nach außen, in die Stadtgesellschaft hinein. Sie erfolgt durch unterschiedliche Transfer- und Öffentlichkeitsangebote, über die Wissenschaft in den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern treten kann. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und forschende Unternehmen präsentieren sich zu wechselnden Themenschwerpunkten auf dem Wissenschaftsmarkt. Themenjahre rücken dabei jedes Jahr ein anderes Forschungsgebiet in den Fokus. Als Herausforderungen der Zusammenarbeit werden in den Interviews vor allem die Einbringung von finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen durch alle Akteure in neue Projekte, die bedarfsgerechte Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Veranstaltungen sowie die Teilhabe von forschenden Unternehmen genannt. Hinzu kommt die Erhöhung des Arbeitsaufwands durch die Digitalisierung der Wissen-

schaftskommunikation, z. B. durch die Betreuung von sozialen Medien. Dies wurde insbesondere während der Pandemie, als auch Veranstaltungen digital stattfinden mussten, so empfunden.

Karlsruhe

Die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbüro Karlsruhe ist als Netzwerk organisiert und damit durch einen geringeren Grad an formeller Verbindlichkeit gekennzeichnet. Die Mitglieder sind nicht per Satzung zur Mitwirkung verpflichtet. Die Bereitschaft zur gemeinsamen Organisation und Finanzierung von Veranstaltungen ist eher stillschweigend vereinbart und beruht auf einem gegenseitigen Geben und Nehmen. *„Zum Beispiel bei so einem Wissenschaftsfestival stellen wir die Infrastruktur, wir stellen Budgets für größere Programmslots, aber der eigentlich große programmatische Aufwand kommt natürlich aus den Hochschulen und den Wissenschaftseinrichtungen. Das finanzieren die auch selbst“* (Interview KA-WB, Abs. 12). Im städtischen Haushalt sind Mittel für die Wissenschaftskommunikation, für die Veranstaltungsinfrastruktur und für größere Programmpunkte eingestellt, welche das Wissenschaftsbüro verwaltet.

Die inhaltliche Themensetzung orientiert sich am Stadtentwicklungskonzept der Stadt Karlsruhe, aber auch an den Hochschulen. So hat die Dachstrategie des KIT ebenfalls Einfluss auf die Themenwahl. Die interne Kommunikation unter den Kooperationspartnern erfolgt über Meetings sowohl auf Arbeitsebene als auch auf Leitungsebene unter Einbeziehung der Präsidien der Kooperationspartner, wobei auch der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe regelmäßig teilnimmt. Hervorgehoben wird das „Karlsruher Prinzip“ der Zusammenarbeit, denn unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung in der Stadt werden die Akteure innerhalb der Wissenskooperation gleichwertig behandelt. Die Kommunikation nach außen, in die Stadtgesellschaft hinein, erfolgt auch in Karlsruhe über diverse Veranstaltungsformate. Das größte Projekt des Wissenschaftsbüros ist dabei das Wissenschaftsfestival *Effekte*, das Büro unterstützt aber auch Partnerveranstaltungen wie die KIT Science Week. Der Austausch mit der Wirtschaft, insbesondere mit Blick auf die Gründerforschung und ansässige Start-ups, erfolgt oft projektbezogen, z. B. über das Format *Karlsruhe Digital*. Auch in Karlsruhe wird als Herausforderung die Bereitstellung von Ressourcen genannt; insbesondere die personellen Ressourcen sind begrenzt. Die intrinsische Motivation der Beteiligten und das Ideenspektrum für neue Projekte werden trotz dieser Herausforderung als sehr hoch beschrieben. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der eher losen Vernetzung. Im Hinblick hierauf wird eine mögliche Vereinsgründung als neue Organisationsform diskutiert, da so eine höhere Verbindlichkeit erreicht würde.

4.3 Mehrwert für Stadt und Wissenschaft

Mainz

Ein Mehrwert der Wissenschaftskooperation wird sowohl von den kommunalen als auch wissenschaftlichen Interviewees in der erhöhten Sichtbarkeit von Wissenschaft und ihren Akteuren in der Stadtgesellschaft gesehen. So hat Mainz in den vergangenen Jahren als Wissenschaftsstandort an Bekanntheit gewonnen, was von Anfang an ein Ziel der Allianz war. Dabei konnte das Profil als Wissenschaftsstadt geschärft werden. Die Wissenschaftsallianz fungiert als Anlaufpunkt für wirtschaftliche und städtische Akteure, wenn es um neue Zusammenarbeit geht. Gleichzeitig können einzelne Partner die Sichtbarkeit der Allianz durch den eigenen Erfolg erhöhen. Ein Beispiel dafür ist die Unterstützung des Biotechnologieunternehmens BioNTech für die Allianz. Durch gemeinsame Veranstaltungen wie den Mainzer Wissenschaftsmarkt oder den Meener Science-Schoppe kommt Wissenschaft zu den Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam werden die Themen für diese Veranstaltungen entwickelt und auch städtische Themen wie etwa Mobilitätsdiskussionen aufgegriffen und aus wissenschaftlicher Perspektive vorgestellt. Ein weiterer Mehrwert liegt in der verbesserten Berücksichtigung von Bedürfnissen der Hochschulen in der Stadtentwicklung, wie der kommunale Interviewpartner betont. Diese Unterstützung ist zugleich eine Anerkennung der Bedeutung der Wissenschaftseinrichtungen für die Stadt und fördert wiederum die Identifikation der Hochschulen mit dem Standort.

Das größte Potenzial der Mainzer Wissenschaftsallianz wird in der Inter- und Transdisziplinarität gesehen, von der sowohl die internen Mitglieder als auch externe Projektbeteiligte und Veranstaltungsteilnehmende profitieren. Durch zufällige Begegnungen im Rahmen der Allianzaktivitäten können über die Fachrichtungen hinweg innovative Vorhaben entstehen. So kann es dann passieren, dass nach einem zufälligen Gespräch die Physiker und Physikerinnen des Helmholtz-Instituts den Historikern und Historikerinnen der Universität mobile 3D-Scanner für Auslandsaufenthalte zur Verfügung stellen, um nach der Rückkehr in Deutschland eingescannte historische Artefakte ausdrucken und weiter untersuchen zu können (Interview MA-WA, Abs. 24). Ähnlich setzt die Arbeit der Wissenschaftsallianz Impulse für die Zusammenarbeit von Hochschulen mit forschenden Unternehmen. Insbesondere Land und Kommune sehen in der Gewinnung von mehr Unternehmen als Mitglieder der Allianz eine wichtige Aufgabe der zukünftigen Arbeit.

Karlsruhe

Die Karlsruher Interviewten schätzen die intersektorale Zusammenarbeit von Stadt, Wirtschaft und Wissenschaft als eine Win-Win-Win-Situation. Wissenschaft und Wirtschaft sind einerseits auf die kommunale Unterstützung angewiesen, um sich weiterentwickeln zu können (z.B. im Hinblick auf Flächen und Infrastrukturen). Die

Stadt profitiert andererseits von einer Erhöhung ihrer Strahlkraft durch eine starke Wissenschaft und Wirtschaft in der Region. Das Wissenschaftsbüro erleichtert durch regelmäßige Treffen auf Arbeits- und Steuerungsebene den Dialog zwischen den Akteuren, wodurch Bedarfe und Potenziale gegenseitig wahrnehmbar werden können. Sichtbarkeit wird auch in Karlsruhe als wichtiger Mehrwert hervorgehoben, insbesondere durch gemeinsame Veranstaltungen. Als Beispiel wird vor allem das gemeinsame Angebot des Wissenschaftsfestivals *Effekte* genannt, durch das Forschung in der Stadt präsentiert wird. Daraus sind weitere Synergien entstanden. So hat z. B. das KIT den eigenen Tag der offenen Tür parallel zum Festival gelegt.

Generell hat sich durch die intersektorale Zusammenarbeit die Vernetzung der Akteure intensiviert. Es sind Kooperationen entstanden, die vorher nicht denkbar waren, aber viele neue Impulse setzen und zu Innovationen führen können. *„Das größte Plus in dem Fall ist die Vernetzung von Akteuren untereinander über solche Formate, die in der Regel noch gar nichts miteinander zu tun haben. [...] Das Letzte, was wir wollen bei unseren Formaten der Wissenschaftskommunikation, ist, dass wir uns da an klassischen Mustern abarbeiten“* (Interview KA-WB, Abs. 20–22). Ein Beispiel ist etwa die Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Wasserbau mit dem Zentrum für Kunst und Medien (ZKM) bei der Erstellung von Präsentationen. Seit 2021 wurden strategische Themenrunden mit der Stadt und dem KIT eingeführt. Gleichzeitig initiierte die Stadt einen strategischen Steuerungskreis zum Standortmarketing, an dem sich viele Player aus Karlsruhe und der Region beteiligen. Die Zusammenarbeit soll künftig noch mehr gestärkt werden. Ein Beispiel ist der Aufbau des „Open Space Triangel“, wodurch in Karlsruhe ein neuer, zentraler Ort zur Wissenschaftskommunikation entsteht.

4.4 Die Rolle von Wissenschaft und Stadt in den Wissenskooperationen

Wissenskooperationen bilden Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Organisationen und Beteiligten, die aus ihrer eigenen Systemlogik in die Wissenskooperation hineingehen. Deshalb ist davon auszugehen, dass sie differierende Erwartungen und Vorstellungen mitbringen und zunächst jeweils spezifische Ziele verfolgen.

In der Dimension *Motivation* zeigen sich Unterschiede bezüglich der Initiierung der Wissenskooperation. In Mainz wird als signifikanter Anstoß für die Gründung die Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ genannt. Interessant sind dabei die differierenden Einschätzungen durch Wissenschaft und Stadt. Während der Gesprächspartner aus der Wissenschaft insbesondere die Rolle der Universität als Initiatorin hervorhebt, wird aus städtischer Perspektive der Beitrag der Stadtverwaltung, und hier vor allem die Schaffung einer eigenen Stelle für die Kooperation, als entscheidend wertgeschätzt. Ebenfalls unterschiedlich, gleichzeitig sich sehr gut ergänzend, sind die Zielvorstellungen der beiden Seiten. Während es der Stadt vor

allem darum geht, die Wissenschaftseinrichtungen durch die Allianz zusammenzubringen und Wissenschaft so als einen Standortfaktor zu nutzen, steht für die Wissenschaftseinrichtungen eine höhere Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit im Vordergrund. Interessanterweise sieht sich die Stadt eher als kooptierte Partnerin der Allianz denn als aktives Mitglied wie die Forschungseinrichtungen, setzt jedoch zugleich wichtige Impulse für die Arbeit. Obwohl gemeinsame Projekte durchgeführt werden, wird aus dieser Perspektive die Mainzer Wissenschaftsallianz zu einem Netzwerk, das in erster Linie der Zusammenarbeit der Wissenschaftsakteure und der forschenden Wirtschaft dient. Die Stadt sieht sich hier eher als Mediatorin und Brückenbauerin zwischen den anderen Beteiligten und in die Stadtöffentlichkeit hinein.

In Karlsruhe hingegen betonen sowohl Stadt als auch Wissenschaft die Wichtigkeit der Kooperation für das Image als Stadt der Wissenschaft. Für die Stadt steht der Aufbau eines breiten Netzwerks für die Wissenschaft im Vordergrund, das Wissenschaftsbüro sieht sich selbst als Plattform für die unterschiedlichen Akteure – es hat also einen starken gesamtstädtischen Fokus. Das bestätigt auch die Position des KIT, das das Ziel der Zusammenarbeit im Wissenschaftsbüro vor allem in gemeinsamen Veranstaltungen für die Stadtöffentlichkeit sieht.

In der Dimension *Organisation* zeigt sich in beiden Städten eine ähnliche Bewertung der Funktion von Stadt und Wissenschaft in der Wissenskooperation. Die Stadtverwaltung übernimmt jeweils eine eher koordinative und die Wissenschaft eine inhaltliche Rolle in der Zusammenarbeit. Die genaue Ausführung variiert jedoch. In Karlsruhe fällt die große Nähe der Wissenskooperation zur Stadtverwaltung auf. Das Wissenschaftsbüro versteht sich selbst als eine Art Kooperationsplattform und möchte in der Zusammenarbeit mit den Wissenschaftseinrichtungen auf eine Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts hinwirken. Von den Interviewees der Wissenschaftseinrichtungen wird das Wissenschaftsbüro als *eine* von mehreren Kooperationen mit externen Partnern eingeschätzt. In Mainz wiederum ist die Kooperation nah an der Wissenschaft angesiedelt und formal rechtlich als Verein selbstständiger organisiert. Diese Eigenständigkeit zeigt sich z. B. in einer Mitgliedschaft der Wissenschaftsallianz als Partner in weiteren Netzwerken mit Wissenschaftseinrichtungen. Die Finanzierung der Allianz wird in beiden Fällen kommunal unterstützt. Die städtische Seite übernimmt in der Regel Kosten zur Ausgestaltung des Veranstaltungsrahmens, die wissenschaftlichen Akteure tragen den Aufwand für die inhaltliche Ausgestaltung von Programmpunkten.

Der thematische Fokus ist in beiden Kooperationen bewusst breit gewählt und nicht auf eine Fachrichtung festgelegt, da inter- und transdisziplinärer Austausch gefördert werden soll. Beide Städte bieten festivalähnliche Formate und bürgernahe, unterhaltende Veranstaltungen zur Wissenschaftskommunikation an, deren Themen durch Stadt und Wissenschaft abgestimmt werden. In Mainz hat man mit der Festlegung

von Themenjahren noch einen generellen Rahmen geschaffen und ein Alleinstellungsmerkmal gesetzt. In beiden Wissenskooperationen stehen die Akteure vor der Herausforderung begrenzter personeller, finanzieller und zeitlicher Ressourcen für die Zusammenarbeit. Die Motivation und das Engagement werden, vielleicht deshalb, durchweg als positiv hervorgehoben.

Der *Mehrwert*, die dritte analysierte Dimension von Wissenskooperationen, wurde in beiden Städten sowohl von wissenschaftlicher als auch städtischer Seite an einer Erhöhung der Sichtbarkeit von Wissenschaftseinrichtungen innerhalb der Stadt festgemacht. Ebenfalls von beiden Seiten wurden gemeinsame Projekte und Veranstaltungsreihen als Möglichkeit für Synergien durch gemeinsame Ressourcennutzung und größere Aufmerksamkeit in der Stadtgesellschaft eingeschätzt, die zudem das Engagement der Beteiligten fördern. Durch diese Synergien wird das Potenzial des Wissenschaftsstandorts besser genutzt und nach außen sichtbar, wodurch in beiden Städten positive Effekte für die Standortentwicklung erwartet werden.

Insgesamt schätzen sämtliche Interviewpartnerinnen und -partner aus beiden Städten die Kooperation zwischen Stadt und Wissenschaft als positiv und weiterführend ein. Herausforderungen werden kaum oder nur auf Nachfrage thematisiert. Offensichtlich ist es in beiden Fällen gelungen, eine neue Organisation zu implementieren, die die Beteiligten zusammenbringt und auch repräsentieren kann. Sie funktioniert nach ihrer eigenen Logik und kann gerade deshalb eine Mittlerrolle zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren einnehmen. Die Wissenskooperation kann als eigenständiger Player fungieren, sich selbstständig nach innen und außen weiter vernetzen und als ein zentraler Anlaufpunkt für neue Kooperationen dienen.

5 Wissenschaftsaffin versus gesamtstädtisch

Vergleicht man die beiden Fälle, zeigen sich signifikante Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten. Der Impuls zur Gründung eines Wissensnetzwerks entstand in Mainz vor allem aus der Wissenschaft heraus und wurde dann durch Ministerium und Kommunalverwaltung entscheidend unterstützt. In Karlsruhe kam der Impuls eher aus der Stadtverwaltung und der Stadtgesellschaft heraus; insbesondere die Stadtpolitik unterstützte die Idee von Anfang an. Zielsetzungen sind das Vernetzen der Wissenschaftseinrichtungen und dadurch größere Außenwirkung (vor allem in Mainz) bzw. die Erhöhung der Sichtbarkeit von Wissenschaft in der Stadt und nach außen (vor allem in Karlsruhe).

In Mainz dominieren die Wissenschaftseinrichtungen. Die Stadt versteht sich eher als Partnerin der Wissenskooperation. Sie finanziert und koordiniert das Netzwerk und stößt immer wieder die Zusammenarbeit an. Synergien entstehen jedoch maßgeblich

intern, zwischen den beteiligten Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, sowie im Austausch mit Unternehmen. Ein wichtiger zusätzlicher Akteur in der Landeshauptstadt ist das Wissenschaftsministerium, das die Entwicklung der Wissenskooperation besonders zu Beginn sehr stark unterstützt hat. In Karlsruhe fällt hingegen der starke Fokus auf die Stadt und die Stadtöffentlichkeit auf. Die Wissenskooperation ist darauf ausgerichtet, die Arbeit der Hochschulen und die beforschten Themen in der Stadt sichtbar zu machen. Diese gesamtstädtische Perspektive führt zu einer starken Ausrichtung auf öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen.

In den untersuchten Wissenskooperationen wird unterschiedlich zusammengearbeitet. Die Aufstellung als Verein (Mainz) erreicht eine höhere Verbindlichkeit der Zugehörigkeit als die Organisation in einem losen Netzwerk (Karlsruhe). Durch die Vereinsstruktur in Mainz sind die Mitglieder der Allianz mit Rechten und Pflichten ausgestattet, auch wenn die Zusammenarbeit auf einer engagierten Freiwilligkeit beruht. In Karlsruhe besteht keine formelle Verpflichtung, die Zusammenarbeit ist hier stillschweigend vereinbart. Welche Organisationsform passend für den eigenen Standort ist, ist je nach Rahmenbedingungen und Zielsetzungen unterschiedlich. Doch zeigen die Beispiele, dass beide Formen zum Ziel einer beständigen Zusammenarbeit führen können. Aus den spezifischen Rahmenbedingungen resultieren Unterschiede auch im Hinblick auf die Wirkung der Wissenskooperationen in der Stadt. In Mainz gelingt es, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftseinrichtungen, aber auch mit forschenden Unternehmen, zu stärken und so die Stadt als Wissenschaftsstandort in mehreren Bereichen zu profilieren. Hier erfolgt z. B. aktuell eine starke Ausrichtung auf das Gebiet der Biotechnologie. In Karlsruhe hingegen wird der Mehrwert vor allem in der Entstehung gemeinsamer Projekte und der Entwicklung neuer Ideen gesehen, die viele Menschen in der Stadt ansprechen und auch eine Strahlkraft über die Stadt hinaus besitzen. Auf diese Weise profitieren Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft von- und miteinander. Stellt man diese Unterschiede gegenüber, lassen sich somit zwei idealtypische Ausprägungen von Wissenskooperationen identifizieren: „wissenschaftsaffin“ (Mainz) vs. „gesamtstädtisch“ (Karlsruhe) (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Matrix Wissenskooperation (eigene Darstellung)

MATRIX	Mainz wissenschaftsaffin	Karlsruhe gesamtstädtisch	Unterscheidung
Motivation			
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> – Sichtbarkeit der Wissenschaft – Zusammenführung der Wissenschaftseinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Netzwerkgedanke – Austausch und Zusammenarbeit für Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – wissenschaftsbezogen vs. gesamtstädtisch
Initiierung	<ul style="list-style-type: none"> – Initiierung: Bewerbung als Stadt der Wissenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – hoher Stellenwert der Wissenschaft in der Stadt 	<ul style="list-style-type: none"> – Ereignis als Auslöser vs. Wissenschaft als Thema der Stadtgesellschaft
Kontext	<ul style="list-style-type: none"> – breites Netzwerk von Forschungseinrichtungen und Stadt 	<ul style="list-style-type: none"> – verschiedene Akteure aus der Stadtgesellschaft – Idee eines autarken Büros 	<ul style="list-style-type: none"> – unterschiedliche Verankerung des Themas in der Stadt
Organisation			
Struktur	<ul style="list-style-type: none"> – Verein mit Geschäftsstelle – Mischfinanzierung durch Mitgliedsbeiträge, kommunale Gelder und Sponsoring – Stadt übernimmt Lenkungs-aufgabe 	<ul style="list-style-type: none"> – kommunales Büro mit fünf Mitarbeitenden – Netzwerk mit Akteuren aus Stadtverwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – Verein vs. kommunales Büro
Grad der Verbindlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> – hoch – Verpflichtungen für die Vereinsmitglieder 	<ul style="list-style-type: none"> – niedrig – auf Basis einer freiwilligen Zusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> – hohe Verbindlichkeit vs. loses Netzwerk
Wissenstransfer in die Stadt	<ul style="list-style-type: none"> – regelmäßige Veranstaltungsangebote für die Stadtgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – regelmäßige Veranstaltungsangebote für die Stadtgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> – Beide: Veranstaltungen und weitere Formate
Mehrwert			
Synergien	<ul style="list-style-type: none"> – gemeinsame Veranstaltungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Kopplung von Veranstaltungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Beide: gemeinsame Veranstaltungen
Potenzial	<ul style="list-style-type: none"> – stärkere Zusammenarbeit von forschenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen – schärferes Profil der Wissenschaftsstadt 	<ul style="list-style-type: none"> – gegenseitiges Profitieren von Stadt, Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen – Entstehung von Innovationen durch gemeinsame Projekte und neue Perspektiven 	<ul style="list-style-type: none"> – Profilbildung als Wissenschaftsstandort vs. gemeinsame Projekte in der Stadtgesellschaft

Zugleich wird sichtbar, dass mit der jeweiligen Wissenskooperation ein neuer Akteur auf der städtischen Bühne entsteht, der zwischen den Sektoren agiert. Der Zusammenschluss arbeitet nicht mehr aus der Perspektive von Wissenschaft oder Stadt, sondern fungiert als intermediäre Organisation, die eigene Kommunikationsstrategien entwickeln muss. Ihre Zielsetzungen decken sich weder mit den Zielen der Stadt noch

mit denen einzelner Wissenschaftseinrichtungen. Um das dadurch entstehende Potenzial ausnutzen zu können, sind eine entsprechende Ausstattung sowie eine Langzeitperspektive notwendig, wie auch die Entwicklung der Fallbeispiele aufzeigt. Dann ergibt sich für die Wissenskooperation die Möglichkeit, unabhängig zu handeln und es kann eine eigene Kultur der Zusammenarbeit entstehen, die auf einer gemeinsamen Vision, gegenseitiger Akzeptanz und geteilten Erwartungen beruht.

6 Fazit

Wissenskooperationen werden in der vorliegenden Studie als eine einflussreiche Form der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Stadt vorgestellt, die einen Wissenstransfer in die Gesellschaft hinein und zwischen den Sektoren von Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ermöglichen. Die vergleichende Fallstudie identifiziert Spezifika lokaler Wissenskooperationen, die sich aus dem jeweiligen Kontext und dem lokalen Wissen ergeben. Die Analyse kann aufzeigen, dass die Beteiligten mit differierender Motivation in eine solche Partnerschaft hineingehen. Sie bringen aus der Logik ihrer Organisation heraus je eigene Interessen und Erfahrungen ein, die die Stoßrichtung der Aktivitäten beeinflussen. Aus dieser Position heraus werden z.B. Impulse und treibende Kräfte für die Zusammenarbeit verschieden beurteilt. Auch bei den gemeinsamen Aktivitäten können sich die Intentionen der Akteure unterscheiden.

Trotz dieser heterogenen Ansichten kann die Zusammenarbeit gelingen. Voraussetzung dafür ist, dass die Wissenskooperation sich als eigenständiger Akteur etabliert: als neuer Intermediär, der eigenen Regeln folgt und nicht mehr denen der beteiligten Organisationen. Grundlegend ist die Bereitschaft der Mitglieder einer Wissenskooperation, sich auf dieses Neue einzustellen und dabei auch selbstverständliche Gesetzmäßigkeiten der eigenen Einrichtung zu einem gewissen Grade hinter sich zu lassen, denn diese gelten im Rahmen der Wissenskooperation nur in abgeschwächter Form. Dann kann auch mit der Herausforderung umgegangen werden, dass die Beteiligten der Wissenskooperation gleichzeitig nach der jeweils eigenen institutionellen Logik von Stadtverwaltung oder Wissenschaftseinrichtung agieren, obwohl sie Teil einer neu geschaffenen Kooperationsform sind. Denn so bringen sie deren Interessen in die Allianz ein und beeinflussen und verändern diese immer wieder. Als wichtiger Aspekt für den Erfolg von Wissenskooperationen erscheint deshalb das Ermöglichen einer mehr oder weniger unabhängigen Institutionalisierung derselben, die ein freieres Agieren außerhalb der etablierten institutionellen Akteure zulässt. Die Beispiele zeigen, dass sowohl ein Verein als auch ein Netzwerk funktionieren. Welche Form zu bevorzugen ist, hängt vom Standort und den dortigen Bedingungen ab.

Wissenskooperationen verleihen der Zusammenarbeit von Stadt und Wissenschaft eine neue Qualität und gehen über einen rein bilateralen Technologietransfer aus der Wissenschaft in Wirtschaft oder Gesellschaft weit hinaus. Dieses Potenzial ist noch nicht vollständig ausgeschöpft. Gerade zur Adressierung komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen, die der Einbeziehung multipler Perspektiven sowie einer stärkeren Bündelung von Wissen und Ressourcen bedürfen, können Wissenskooperationen eine wichtige Rolle spielen.

Der hier gewählte Ansatz kann für eine Analyse weiterer Wissenskooperationen genutzt werden. Ein Ziel wäre es, die hier vorgestellten Typen „wissensschaftsaffin“ und „gesamtstädtisch“ anhand weiterer Forschung zu prüfen und eventuell zu ergänzen. Eine solche Typisierung ermöglicht nicht nur einen Vergleich von Wissenskooperationen, sondern auch anderer Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Der gewählte Rahmen von Motivation, Organisation und Mehrwert kann zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen für den Aufbau solcher Netzwerke genutzt werden.

Die vorliegende Fallstudie ist damit ein Baustein für ein besseres Verständnis der Zusammenarbeit von Stadtverwaltungen und lokalen Wissenschaftseinrichtungen und darüber hinaus für Zusammenarbeit über sektorale Grenzen hinweg. Die Konzentration auf zwei Beispiele erlaubt einen detaillierten Einblick in die Entstehung und Bewertung von Kooperationen. Allerdings wird damit v. a. Bezug auf die Innensicht der beteiligten Akteure genommen. Diese Innensicht wurde durch eine im Vorfeld durchgeführte Desktoprecherche vorbereitet, dennoch ist es schwierig, die auf diesem Weg erhaltenen Ergebnisse mit einer Außenperspektive abzugleichen. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf. Insbesondere den sozialen Impact im lokalen Umfeld messbar zu machen und Erfolgskriterien zu erarbeiten, bleibt ein Forschungsdesiderat. Ebenso bedarf die interne Dynamik solcher Kooperationen und ihrer Gelingensbedingungen einer verstärkten Aufmerksamkeit (z.B. Lippmann, 2022). Das große Potenzial von Wissenskooperationen rechtfertigt in jedem Fall eine intensivere Beschäftigung.

Literatur

Addie, J.-P.D., Keil, R. & Olds, K. (2015). Beyond town and gown. Universities, territoriality and the mobilization of new urban structures in Canada. *Territory, Politics, Governance*, 3(1), 27–50.

Ankrah, S. & Al-Tabbaa, O. (2015). Universities–industry collaboration. A systematic review. *Scandinavian Journal of Management*, 31(3), 387–408. <https://doi.org/10.1016/j.scaman.2015.02.003>

Arend, H. & Hoelscher, M. (Hrsg.) (2021). *Hochschule und Stadt. Wissensallianzen in Rheinland-Pfalz*. ZIRP. Abgerufen am 06.10.2022 von <https://www.zirp.de/fileadmin/PDF/Wissen/zirp-hochschule-und-stadt.pdf>

Benneworth, P., Charles, D. & Madanipour, A. (2010). Building localized interactions between universities and cities through university spatial development. *European Planning Studies*, 18(10), 1611–1629. <https://doi.org/10.1080/09654313.2010.504345>

Berghaeuser, H. & Hoelscher, M. (2019). Reinventing the Third Mission of higher education in Germany. Political frameworks and universities' reactions. *Tertiary Education and Management*, 26(1), 57–76. <https://doi.org/10.1007/s11233-019-09030-3>

Berking, H. & Löw, M. (Hrsg.) (2008). *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Campus Verlag.

Boehme, G. & Stehr, N. (1986). *The knowledge society. The growing impact of scientific knowledge on social relations*. Reidel.

Carayannis, E. & Campbell, D.F.J. (2009). 'Mode 3' and 'Quadruple Helix'. Toward a 21st century fractal innovation ecosystem. *International Journal of Technology Management*, 46(3–4), 201–234.

Curry, J. E. (2016). The dynamics of university/city government relationships. It's personal. *Metropolitan Universities. An International Forum*, 27(1), 56–70.

Etzkowitz, H. & Leydesdorff, L. (2000). The dynamics of innovation. From national systems and 'mode 2' to a triple helix of university-industry-government relations. *Research Policy*, 29, 109–123.

Etzkowitz, H. & Leydesdorff, L. (1995). The triple helix – university-industry-government relations. A laboratory for knowledge based economic development. *EASST Review*, 14(1), 14–19.

Fischer, F. (2000). *Citizens, experts, and the environment: The politics of local knowledge*. Duke University Press.

Glückler, J., Panitz, R. & Janzen, K. (2019). *Jährliche wirtschaftliche Effekte der Landesuniversitäten in Baden-Württemberg. Studie im Auftrag der Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg*. Universität Heidelberg.

Goldring, E. & Sims, P. (2005). Modeling creative and courageous school leadership through district-community-university partnerships. *Educational Policy*, 19(1), 223–249. <https://doi.org/10.1177/0895904804270777>

Hachmeister, C.-D., Henke, J., Roessler, I. & Schmid, S. (2016). Die Vermessung der Third Mission. Wege zu einer erweiterten Darstellung von Lehre und Forschung. *Die Hochschule*, 25(1), 7–13.

Heidenreich, M. & Mattes, J. (2021). *Regionale Innovationssysteme und Innovationscluster*. In *Handbuch Innovationsforschung* (S. 183–199). Springer Fachmedien.

Helferich, C. (2019). Leitfaden- und Experteninterviews. In Baur, N. & Blasius, J. (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (2. Aufl.) (S. 669–686). Springer Fachmedien.

Henke, J., Pasternack, P. & Schmid, S. (2016). Third Mission von Hochschulen – Eine Definition. *Das Hochschulwesen*, 1–2, 35–41.

Hutchins, K., Lindenfeld, L., Bell, K., Leahy, J. & Silka, L. (2013). Strengthening knowledge co-production capacity. Examining interest in community-university partnerships. *Sustainability*, 5(9), 3744–3770. <https://doi.org/10.3390/su5093744>

Kleiman, N., Getsinger, L., Pindus, N. & Poethig, E. (2015). *Striking a (local) grand bargain. How cities and anchor institutions can work together to drive growth and prosperity*. National Resource Network.

Kroll, H., Dornbusch, F. & Schnabl, E. (2016). Universities' regional involvement in Germany. How academics' objectives and opportunity shape choices of activity. *Regional Studies*, 50(9), 1595–1610. <https://doi.org/10.1080/00343404.2015.1051016>

Lazzeroni, M. & Piccaluga, A. (2015). Beyond 'town and gown'. The role of the university in small and medium-sized cities. *Industry and Higher Education*, 29(1), 11–23.

LeGates, R.T. & Robinson, G. (1998). Institutionalizing university-community partnerships. *Journal of Planning Education and Research*, 17(4), 312–322. <https://doi.org/10.1177/0739456X9801700406>

Lippmann, T. (2022). *Strategische öffentlich-private Partnerschaften für forschungsbasierte Innovationen. Empirische Analyse und theoretisches Modell für das Management von Organisationen im Spannungsfeld zwischen öffentlich-rechtlichem Auftrag und wirtschaftlicher Tätigkeit*. Dissertation. Speyer: DUV (unveröff.).

Lisowski, R., Meyer, C., Schmidt, M., Spitzer-Ewersmann, C. & Wesselmann, S. (2011). *Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis*. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Loi, M. & Di Guardo, M.C. (2015). The Third Mission of universities. An investigation of the espoused values. *Science and Public Policy*, 42(6), 855–870. <https://doi.org/10.1093/scipol/scv012>

Marquardt, E. (2019). Hochschule und Stadt als Partner in Reallaboren. Neue Wege für ein konstruktives Miteinander. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 41(1), 108–123.

Marquardt, E. & Gerhard, U. (2021). „Town and Gown“. Reallabore als Experimentierfeld kritischer Transformationsforschung in der urbanen Gesellschaft. Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. *Witi-Berichte Nr. 8; Speyrer Arbeitshefte Nr. 249*. Abgerufen am 06.10.2022 von https://www.witi-innovation.de/wp-content/uploads/2021/04/WITI-Berichte_8_Reallabor.pdf

Martin, L. L., Smith, H. & Phillips, W. (2005). Bridging “town & gown” through innovative university-community partnerships. *The Innovation Journal. The Public Sector Innovation Journal*, 10(2), 1–16.

Massey, J., Field, S. & Chan, Y. (2014). Partnering for economic development. How town-gown relations impact local economic development in small and medium cities. *Canadian Journal of Higher Education*, 44(2), 152–169.

Mayring, P. (2016). *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken* (6. Aufl.). Beltz.

Meuser, M. & Nagel, U. (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In D. Garz & K. Kraimer (Hrsg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen* (S. 441–471). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Palacios, R.C., Fyhn, P.G., Acosta, P.S. & Edvardson, K. (2018). Building collaboration between academia and local authorities. A case study in Norway. *International Journal of Technology Management*, 78(1/2), 133–146. <https://doi.org/10.1504/IJTM.2018.093928>

Ridder-Hans, G. (2020). *Case study research. Approaches, methods, contribution to theory* (2. Aufl.). Rainer Hampp Verlag.

Strier, R. (2011). The construction of university-community partnerships. Entangled perspectives. Higher Education. *The International Journal of Higher Education and Educational Planning*, 62(1), 81–97.

Thomi, W. & Werner, R. (2001). Regionale Innovationssysteme. Zur territorialen Dimension von Wissen und Innovation. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 45(1), 202–218.

Trippel, M., Sinozic, T. & Lawton Smith, H. (2015). The role of universities in regional development. Conceptual models and policy institutions in the UK, Sweden and Austria. *European Planning Studies*, 23(9), 1722–1740.

Weick, K. E. (1976). Educational organizations as loosely coupled systems. *Administrative Science Quarterly*, 21(1), 1–19. <https://doi.org/10.2307/2391875>

Zechlin, L. (2019). Die Erfassung der Universität als „institutionalisierte Organisation“ und ihre Bedeutung für das Hochschulmanagement. In Mitterauer, L., Pohlenz, P. & Harris-Huermann, S. (Hrsg.), *Systeme im Wandel: Hochschulen auf neuen Wegen* (S. 13–30). Waxmann Verlag.

Manuskript eingegangen: 07.10.2022
Manuskript angenommen: 25.05.2023

Angaben zu der Autorin und dem Autor:

Dr. Editha Marquardt
Universität Heidelberg
Geographisches Institut
Berliner Straße 48
69120 Heidelberg
E-Mail: editha.marquardt@uni-heidelberg.de

Moritz Krug
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer
E-Mail: moritzkrug@gmx.net

Editha Marquardt ist seit 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Universität Heidelberg. Zuvor leitete sie von 2018 bis 2022 das Projekt „Town & Gown – Zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Stadtverwaltungen und Wissenschaftseinrichtungen“ an der Universität Speyer. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen v. a. auf aktuellen Stadtentwicklungen in der Wissensgesellschaft sowie auf nachhaltigen Transformationen in städtischen Räumen. Eine wichtige Rolle spielen dabei transdisziplinäre Ansätze wie Reallabore.

Moritz Krug ist Verwaltungswissenschaftler und arbeitete an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer im BMBF-Transferprojekt WITI (Wissens- und Ideentransfer für Innovation in der Verwaltung). Als wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigte er sich in den zwei Teilprojekten „Town & Gown“ sowie „Zentralprojekt“ mit Fragen zur Datenerhebung und -auswertung, Projektkonzeptionierung sowie -umsetzung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Verstetigung von Experimentalstrukturen sowie der Strukturierung von Wissensnetzwerken und öffentlichen Innovationsformaten.